Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2891

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, eine Beratung heute nicht durchzuführen. Beratung und Beschlussfassung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2891** an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation**, an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt** sowie aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen ebenfalls an den **Integrationsausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen und Enthaltungen liegen nicht vor. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

18 Gesetz zur chancengleichen Ausgestaltung der Errichtungsbedingungen und Teilstandortbildung von allgemeinbildenden weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2885

erste Lesung

Alle Fraktionen haben sich darauf verständigt, die **Reden zu Protokoll** zu geben. (Siehe Anlage 1)

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/2885** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Gegenstimmen und Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

19 Personaleinsatzmanagement für den internen Arbeitsmarkt wiederbeleben – Beschäftigte sinnvoll einsetzen und Veränderungsprozesse gestalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2625

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen **Tagesordnungspunkt** heute nicht zu beraten, sondern **auf das nächste Plenum am 19., 20 und 21. Juni zu verschieben**. Regt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Tagesordnungspunkt

20 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2255

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 16/2906

zweite Lesung

Alle Fraktionen haben sich darauf verständigt, die **Reden zu Protokoll** zu geben. (Siehe Anlage 2)

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2906**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer für diese Empfehlung des Innenausschusses ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung des Innenausschusses mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion mit großer Mehrheit **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksache 16/2255 in zweiter Lesung verabschiedet.

Tagesordnungspunkt

21 Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) – teilbebautes Grundstück in Aachen

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 16/849

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/2901

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2901**, in die mit Vorlage 16/849 beantragte Veräußerung einzuwilligen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen?

Anlage 2

Zu TOP 20 – Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011 – zu Protokoll gegebene Reden

Thomas Stotko (SPD):

Dieser Tagesordnungspunkt hat eine „bewegte Geschichte“.

Am 20. März wurde die Einbringung hier im Parlament zu Protokoll gegeben. In einer weiteren Ausschusssitzung haben wir auf das Votum des Kommunalausschusses gewartet, dann ohne Debatte abschließend beraten, und heute geben wir unsere Reden zu Protokoll.

Die hohe Qualität des Gesetzes kann nicht besser bewiesen werden als durch dieses Verfahren und die positiven Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände.

Jedes weitere Wort ist überflüssig. Lassen Sie uns dieses Gesetz einstimmig verabschieden.

Kirstin Korte (CDU):

Die Anfertigung praxistauglicher, geschweige denn verfassungskonformer Gesetze ist wahrlich nicht die Stärke der rot-grünen Landesregierung. Das haben Sie bei den Haushaltsgesetzen der letzten Jahre ja bereits mehrfach unter Beweis gestellt, die Ihnen am Ende sogar vom Verfassungsgerichtshof in Münster um die Ohren gehauen wurden.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein weiterer Beleg Ihrer Unprofessionalität. Es handelt sich nämlich um ein klassisches Reparaturgesetz, mit dem die rot-grüne Landesregierung – in buchstäblich letzter Sekunde – einen Fehler ausbügeln will, der ihr im Herbst 2010 unterlaufen ist.

Worum geht es?

Zum Stichtag 9. Mai 2011 fand der Zensus als europaweite Volks- und Wohnungszählung auf der Grundlage einer EU-Verordnung statt. Die Durchführung des Zensus 2011 in Nordrhein-Westfalen wurde durch das Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011 geregelt, das der Landtag im November 2010 verabschiedet hat.

Am 31. Mai 2013 – also in 16 Tagen – sollen die durch den Zensus 2011 ermittelten amtlichen Einwohnerzahlen nun endlich veröffentlicht werden. In Nordrhein-Westfalen ist dafür der Landesbetrieb IT.NRW zuständig, der entsprechende Feststellungsbescheide gegenüber den Kommunen erlassen wird.

So weit, so gut.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die landesweit einheitliche Geltung der neuen Einwohnerzahlen entfallen würde, wenn die Kommunen gegen die Feststellungsbescheide von IT-NRW Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung einlegen könnten. Genau dies ist nach dem rot-grünen Ausführungsgesetz bislang jedoch möglich!

Welches Durcheinander damit in vielen Bereichen der Landesverwaltung verbunden wäre, mag man sich kaum vorstellen. Denn die Einwohnerzahlen dienen ja in vielen wichtigen Bereichen als Bemessungsgrundlage für Zuweisungen des Landes an die Kommunen. Man denke etwa an das Gemeindefinanzierungsgesetz oder das Flüchtlingsaufnahmegesetz. Deshalb ist es wichtig, dass Rechtsbehelfe gegen die Feststellung der Einwohnerzahlen keine aufschiebende Wirkung entfalten.

Nachdem das rot-grüne Ausführungsgesetz zum Zensus inzwischen seit zweieinhalb Jahren in Kraft ist – und die amtliche Feststellung der Einwohnerzahlen durch IT.NRW, wie gesagt, unmittelbar bevorsteht – ist diese Gesetzesspanne – gewissermaßen um fünf vor zwölf (!) – nun auch dem NRW-Innenministerium aufgefallen und soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf behoben werden. Dem werden wir uns als CDU-Fraktion natürlich nicht verschließen und Ihrem Gesetzentwurf zustimmen.

Wenn Ihnen, Herr Minister Jäger, die Anfertigung von Gesetzentwürfen weiterhin schwerfällt, können Sie sich künftig auch gerne vorab mit uns abstimmen. Zeitraubende parlamentarische Verfahren wie dieses könnten wir uns dann nämlich alle gemeinsam ersparen.

Matthi Bolte (GRÜNE):

Manch einer wird sich noch an den Zensus 2011 erinnern und auch an die Diskussionen, die es zu dieser Volkszählung gegeben hat. Sie waren weit geringer als der große gesellschaftliche Streit um die Volkszählung des Jahres 1987, aber dennoch wurden auch zum Zensus 2011 durchaus berechtigte Argumente vorgebracht.

Ich habe damals mehrfach darauf hingewiesen, dass das zugrundeliegende Zensusgesetz des Bundes Schwachstellen aufweist, aber diese Schwachstellen nicht zur Gänze durch Landesrecht zu reparieren sind. So wurde beispielsweise schon grundsätzlich der Zensus als registerdatengestützte Volkszählung kritisiert, bei der Datensätze zusammengeführt wurden. Dies wurde durchaus kritisch diskutiert, gerade auch

mit Blick auf die Vorgaben des Volkszählungsurteils.

Nichtsdestotrotz haben wir Grüne, aber auch die beteiligten Stellen auf Landes- und Kommunal-ebene den Zensus hier in NRW begleitet und immer wieder versucht, für Transparenz zu sorgen, wenn Fragen auftauchten. Diskussionen ergaben sich zunächst um die Kostenerstattung für die Kommunen als durchführende Stellen; das haben wir als Landesgesetzgeber im November 2010 vernünftig gelöst. Ich erinnere aber auch an den Versuch von NPD-Funktionären, die eigenen Parteimitglieder als Erhebungsbeauftragte zu rekrutieren, oder auch an kritische Rückmeldungen zur Zensus-Hotline.

Als letzte Bemerkung zum Datenschutz beim Zensus 2011 möchte ich gerne auch auf den aktuellen Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit verweisen. Der LDI hat darin die durch das Zensusausführungsgesetz gebotene Abschottung des Zensus von anderen Verwaltungstätigkeiten dokumentiert, die statistische Erfassung als unproblematisch betrachtet und eine positive Gesamtbilanz gezogen.

Diese Bemerkungen zur Bilanz des Zensus 2011 wollte ich gerne voranstellen, bevor ich zum vorliegenden Gesetzentwurf komme. Dieser Gesetzentwurf regelt lediglich, dass die Feststellung der in absehbarer Zeit vorliegenden Ergebnisse durch Verwaltungsakt gegenüber den Gemeinden erfolgt. Dies ist eine sinnvolle Regelung, weshalb die Beratungen entsprechend kurz waren. Wir stimmen dem Gesetzentwurf natürlich zu.

Die Einwohnerinnen- und Einwohnerstatistik wird somit 24 Jahre nach der letzten Volkszählung auf den Stand der Dinge gebracht. Die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen werden infolge des Zensus 2011 wieder eine aktuelle Datenbasis für ihre Entscheidungen haben.

Dr. Robert Orth (FDP):

Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung verweise ich auf die Beschlussempfehlung des Innenausschusses.

Mit dem Gesetzentwurf soll klargestellt werden, dass die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen der Gemeinden durch Verwaltungsakt des Landesbetriebes IT.NRW – Geschäftsbereich Statistik – gegenüber jeder einzelnen Gemeinde in Nordrhein-Westfalen erfolgt.

Zudem wir hiermit bestimmt, dass Rechtsbehelfe gegen die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl keine aufschiebende Wirkung haben.

Für die allein betroffenen Kommunen haben die kommunalen Spitzenverbände in einem vom Innenausschuss durchgeführten schriftlichen Beteiligungsverfahren dem Gesetzentwurf zugestimmt bzw. keine Bedenken erhoben (Vergleiche die Stellungnahmen 16/671 und 16/675). Sie halten es für sachgerecht, dass die auf dem Zensus 2011 basierenden amtlichen Einwohnerzahlen der Gemeinden ab einem landesweit möglichst einheitlichen Zeitpunkt Geltung erhalten, um eine einheitliche Anwendung der amtlichen Einwohnerzahlen in den fachgesetzlichen Normen zu erreichen. Der Gesetzentwurf trage diesem Anliegen Rechnung.

Der Kommunal- sowie der Innenausschuss haben dem Gesetzentwurf insoweit folgerichtig einstimmig – bei Enthaltung der Piratenfraktion – zugestimmt.

Die FDP-Fraktion wird auch hier im Plenum zustimmen.

Frank Herrmann (PIRATEN):

Die spannendere Diskussion zum Zensus 2011 war sicher die in der 15. Wahlperiode. Damals konnten wir Piraten uns allerdings nur von außerhalb des Parlaments daran beteiligen. Wir haben dabei auf die Gefahren des Registerabgleichs, der fehlenden Anonymisierung bei der Datenerfassung und auf den ungenannten Zweck des Zensus 2011 als Testlauf für ein Bundeszentralregister hingewiesen.

Grundsätzlich ist ein Zensus natürlich für die Ermittlung der Einwohnerzahlen und weiterer statistischer Größen für Landesplanung nötig. Es gab aber auch genügend Verfahrensvorschläge, die zum Beispiel die Anonymität der Befragten sichergestellt hätten. Diese hätten wir dann gerne auch unterstützt.

Bei dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf geht es jedoch um all das nicht. Der Zensus 2011 ist durchgeführt, die Daten sind abgeglichen. Ein zentrales Bundes-Melderegister, vermutlich auf Basis der abgeglichenen Daten, ist in Vorbereitung. Das hier vorliegende Gesetz regelt einzig und allein, nach welcher Norm die ermittelten Einwohnerzahlen für die Gemeinden festgestellt werden.

Die von der Landesregierung dazu vorgeschlagene Verfahrensweise unterbindet Klagemöglichkeiten der Gemeinden gegen die für sie möglicherweise ungünstige Feststellung der Einwohnerzahlen mit aufschiebender Wirkung. Negative Folgen der Feststellung müssten dann für die Dauer eines eventuellen Klageverfahrens von der Gemeinde getragen werden.

Die Gemeinden sind damit gezwungen, im Falle einer Klage gegen die festgestellte Einwohnerzahl im Verwaltungsgerichtsverfahren gleichfalls die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung mit zu beantragen. Die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände lassen jedoch erkennen, dass deren Vertreter mit dieser Verfahrensweise einverstanden sind. Dann soll das so sein!

Da wir Piraten zu dem Gesamtkomplex des Zensus 2011 eine kritische Haltung eingenommen haben, werden wir uns jedoch auch an dieser Stelle bei der Abstimmung enthalten. Wir erwarten aber spannende Gerichtsverhandlungen, sollte sich eine Gemeinde tatsächlich zu einer Klage gegen die Feststellung ihrer Einwohnerzahl entschließen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Statistiken erfüllen viele Zwecke. Sie sind weit mehr als Zahlen auf einem Stück Papier. Sie und ich, wir alle interpretieren sie und ziehen aus ihnen Schlüsse.

Für die Einwohnerzahlen in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen gilt nichts anderes. Auch sie bilden den Ausgangspunkt für viele Entscheidungen. Sie sind bedeutend, weil viele Gesetze sich auf sie beziehen. Gerade deshalb ist es mir so wichtig, dass sie auch tatsächlich stimmen.

Mit dem Änderungsgesetz wollen wir größtmögliche Einheitlichkeit erreichen. Wir wollen, dass

die amtlichen Einwohnerzahlen in ganz NRW möglichst zum gleichen Stichtag gelten.

Am 31. Mai werden die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die ermittelten Einwohnerzahlen veröffentlichen. IT.NRW wird diese Zahlen dann gegenüber jeder einzelnen Kommune per Bescheid feststellen.

Unser Wunsch nach Einheitlichkeit ist auch der einzige Grund, weshalb wir die aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen ausschließen. Würden wir das nicht tun, hätten wir möglicherweise die folgende kuriose Situation: In Kommune A gelten die neuen, im Jahr 2011 ermittelten Zahlen. In Kommune B gelten hingegen die Zahlen von 1987.

Das wollen wir nicht, und das ist auch nicht im Interesse unserer kommunalen Familie. Deshalb bin ich froh über die Rückendeckung der kommunalen Spitzenverbände, die keine Bedenken gegen unseren Vorschlag haben.

Ich freue mich auch, dass fast alle Parteien in den Ausschüssen ihre Zustimmung erteilt haben (Ausnahme: Piraten im Innenausschuss).

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, viel öfter der Vernunft die Vorfahrt zu gewähren, als blindlinks auf Konfrontationskurs zu gehen.